



Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

infobrief zwei/2009

input

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

Der zweite Infobrief der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster liegt hiermit vor. Nachdem wir in der ersten Ausgabe einen Blick auf die Konzeption und die Chancen des Angebots gelegt sowie den Rechtsextremismus in der Region beleuchtet haben, sollen jetzt Berichte aus der Praxis folgen:

Im Schwerpunktthema beschäftigen wir uns mit rechtsextremer Straßenpolitik, nicht zuletzt anlässlich unserer Tagung „Provokation und Propaganda“ im Juni im Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster. Neben einer Zusammenfassung der Tagungsergebnisse (eine ausführliche Dokumentation wird im Herbst erscheinen) versuchen wir noch einmal grundlegende Überlegungen und Ereignisse in der Region zusammenzuführen, um schlussendlich zu einigen Hinweisen für eine gelingende Beschäftigung und Auseinandersetzung mit

rechtsextremen Inszenierungspraktiken in Zivilgesellschaft und kommunaler Politik zu kommen.

Neben dem Schwerpunkt möchten wir auf ein weiteres Thema eingehen: die praktische Arbeit mobiler Beratungsteams. Was genau verbirgt sich hinter den vorgestellten Konzepten, wie funktioniert die Umsetzung und welche Erfahrungen konnte **mobim** in den zehn zurückliegenden Monaten machen? Aber nicht nur die Rückschau, sondern gerade der Blick in die Zukunft beschäftigt uns immer wieder, denn eine stabile und nachhaltige Finanzierung der Beratungsarbeit ist nach wie vor nicht gesichert. Schlaglichtartig wollen wir in dieser und den kommenden Ausgaben den Stand der bundesweiten Vernetzung bzw. Unterstützung für eine Weiterfinanzierung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ kurz darstellen und Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Evaluation aufzeigen. Ein erster Zwischenbericht liegt gerade vor und stellt der

Beratungsarbeit bundesweit ein gutes Zeugnis aus – in der Hoffnung, dass auch wir hier im Regierungsbezirk ähnlich wahrgenommen werden senden wir herzliche Grüße und bedanken uns für die Unterstützung, Anregung und konstruktive Kritik der letzten Monate!

Heiko Schreckenbergs und
Michael Sturm

Inhalt

- 02 | Schwerpunktthema: Rechtsextreme Straßenpolitik
- 06 | Mobile Beratung in der Praxis
- 08 | Veranstaltungsvorschau
- 09 | Impressum
- 10 | Literatur- und Linktipps

www.mobim.info

Wir beraten Gruppen, Initiativen, Einrichtungen, Vereine (...), die Hilfe brauchen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus.

Wir dokumentieren rechtsextreme Erscheinungsformen in der Region und demokratische Gegenaktionen.

Wir vernetzen engagierte Personen, Gruppen und Einrichtungen in der Region und darüber hinaus.

kontakt@mobim.info
0251 - 492 7109
Kaiser-Wilhelm-Ring 28,
48145 Münster

mobim ist ein Projekt des Geschichtsorts Villa ten Hompel der Stadt Münster und wird gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Rechtsextreme Straßenpolitik beherrscht die Schlagzeilen. Spätestens seit dem Überfall von rund 400 Neonazis auf eine Demonstration des DGB am 1. Mai in Dortmund, ist allenthalben von einer „neuen Dimension“ rechtsextremer Gewalt die Rede. Als Protagonisten dieser Entwicklung gelten vor allem die Autonomen Nationalisten, die, so die weit verbreitete Wahrnehmung, mit einer bisher unbekanntem Gewaltbereitschaft gegen politisch Andersdenkende, Journalist/innen aber auch die Staatsmacht vorgehen würden. In der medialen Aufregung um die Autonomen Nationalisten und deren militantes Auftreten bleibt für genauere Betrachtungen freilich wenig Platz. Zweifellos lassen sich die Ereignisse in Dortmund am 1. Mai in ihrer Größenordnung als bislang beispiellos zumindest in Nordrhein-Westfalen bezeichnen. Ebenso repräsentieren die Autonomen Nationalisten eine vergleichsweise junge Strömung innerhalb des bewegungsorientierten Rechtsextremismus in Deutschland, deren Aktivisten ihrer Gewaltbereitschaft im wahrsten Sinne des Wortes „demonstrativ“ durch ihre Kleidungsstile, Parolen, Symbole und Handlungsmuster Ausdruck verleihen. Ob jedoch tatsächlich von einer „neuen Dimension“ rechtsextremer Gewalt gesprochen werden kann, erscheint zumindest fragwürdig angesichts der mehr als 120 Todesopfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt, die in den vergangenen 20 Jahren von den Opferberatungsstellen in Deutschland gezählt wurden.

„Kampf um die Straße“ als politisches Programm

Rechtsextremisten reklamieren nicht erst seit gestern öffentliche Räume für sich. Sowohl der Faschismus in Italien als auch der Nationalsozialismus in Deutschland setzten von Beginn an auf Dynamik, Aktivismus und offen zur Schau gestellte Gewaltbereitschaft, kurz: auf die „Ästhetisierung des politischen Lebens“ (Walter Benjamin), wohingegen sich die Ausformulierung kohärenter politischer Positionen damals wie heute auf ein Bündel völkisch-nationalistischer Mythen und rassistischer Ressentiments

reduzieren lässt. Obgleich platte Analogiebildungen zwischen den 1920er/1930er Jahren und den aktuellen Entwicklungen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus mehr verschleiern als erhellen, zeigt sich im von NPD, Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten postulierten „Kampf um die Straße“ die nach wie vor bestehende Inkonsistenz rechtsextremer Programmatik, die weniger auf Inhalte denn auf Form und Inszenierungspraktiken setzt. Für die Herstellung und Festigung eines kollektiven Selbstverständnisses innerhalb des bewegungsorientierten Rechtsextremismus kommt nach Auffassung des Soziologen Fabian Virchow der Demonstrationspolitik entscheidende Bedeutung zu. Nach „innen“ sollen die Aufmärsche vor allem dazu beitragen, ein szeneeinternes „exklusives“ Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Nicht zuletzt fungieren die Versammlungen als Bühne, auf der sich rechtsextreme Aktivisten gemäß ihrer martialischen Selbstbilder als „politische Soldaten“ inszenieren können. Nur selten scheint es darum zu gehen, Passanten und Beobachter von den Anliegen der Demonstration argumentativ durch Flugblätter und Redebeiträge zu überzeugen. Im Zentrum rechtsextremer Selbstdarstellung steht vielmehr die bewusst eingenommene drohende Haltung, mit der sich Neonazis öffentliche Räume symbolisch, aber auch – zumindest temporär – ganz real aneignen. Der Begriff der Straßenpolitik umfasst indessen mehr als Demonstrationen und Kundgebungen von Neonazis. Rechtsextreme Straßenpolitik spiegelt sich nicht nur in gewalttätigen Aktionen, wie eingangs erwähnt am 1. Mai in Dortmund. Solche Vorfälle, ebenso wie Großdemonstrationen, etwa der jährlich im Februar stattfindende Aufmarsch von bis zu 6000 Rechtsextremisten in Dresden, stellen lediglich besonders spektakuläre Ereignisse dar. Übersehen wird dabei oft, dass gerade auch in Nordrhein-Westfalen kleineren Aktionen wie Infoständen, Mahnwachen oder auch identitätsstiftenden Rechtsrock-Konzerten eine zentrale Bedeutung im Rahmen rechtsextremer



Inszenierungspraktiken zukommt.

Rechtsextreme Straßenpolitik in der Region

Beispiele für rechtsextreme Straßenpolitik finden sich auch im Regierungsbezirk Münster. Obgleich größere Aufmärsche in der Region eher zu den Ausnahmen gehören – zu nennen sind hier in erster Linie die von NPD und Freien Kameradschaften veranstalteten Demonstrationen in Münster in den Jahren 1998 und 2006 – treten seit einigen Monaten vor allem Autonomen Nationalisten in den Kreisen Recklinghausen und Warendorf mit kleinen, dezentral und „spontan“ organisierten Aktionen immer wieder in Erscheinung. Die Palette der Aktionsformen reicht dabei, vom massenhaften Anbringen rechtsextremer Aufkleber, über das Verteilen von Flugblättern bis hin zu Aufmärschen und Kundgebungen mit teilweise mehreren Dutzend Teilnehmer/innen. Besonderes Aufsehen erregte beispielsweise eine „Spontan“demonstration von rund 60, vorwiegend aus dem nördlichen Ruhrgebiet angereisten Neonazis am 30. März 2009 durch die Innenstadt von Ahlen. Den Anlass bildete der zeitgleich stattfindende Prozess gegen zwei Mitglieder der Autonomen Nationalisten Ahlen, die sich u.a. wegen zahlreicher

Körperverletzungsdelikte, Verstoß gegen das Vermummungsverbot und dem Zeigen verfassungswidriger Kennzeichen vor dem Amtsgericht verantworten mussten. Am 9. April, dem Tag der Urteilsverkündung zogen erneut 50 Rechtsextremisten durch die Stadt, um gegen die angeblichen „Unrechtsmechanismen“ zu protestieren, mit dem „dieser Staat systematisch missliebige Personen mundtot machen“ würde.

Einen Monat später, am 8. Mai, kamen 25 Neonazis am Ahlener Marktplatz zusammen, um am Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus mit schwarz-weiß-roten Fahnen den „gefallenen Helden beider Weltkriege“ zu gedenken. An anderen Orten in der Region, wie beispielsweise in Dortmund, Hamm, Recklinghausen und Gladbeck versuchten Rechtsextremisten ebenfalls das historische Datum für ihre geschichtsrevisionistische Propaganda in Form kleinerer Versammlungen an Kriegerdenkmälern oder Flugblattaktionen zu nutzen. Aber auch über den 8. Mai hinaus bildet „Geschichte“ eine identitätsstiftende Ressource für die extreme Rechte. So veranstalteten ca. 30 Aktivisten der dem Spektrum der Autonomen Nationalisten zuzurechnende AG Ruhr-Mitte nach eigenen Angaben am 21. März im Kreis Recklinghausen

einen „Marsch“ zu Ehren des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Erich Priebke, der 1998 in Italien als Kriegsverbrecher zu einer lebenslangen Haftstrafe (die Priebke im Hausarrest verbüßt) verurteilt worden war. Im Februar versuchten Neonazis u.a. in Gladbeck und Recklinghausen mit Flugblättern, Plakaten und gesprühten Parolen wie „Dresden 1945 – Massenmord“ die Bombardierung der Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs in die Nähe des Holocaust zu rücken und somit das präzedenzlose Verbrechen des nationalsozialistischen Judenmords zu relativieren. Rechtsextreme Straßenpolitik richtet sich hier vor allem nach „innen“ und zielt darauf ab, durch permanenten Aktionismus die Szeneangehörigen zu einem „emotionalen Kollektiv“ (Fabian Virchow) zu formen, das sich seiner völkisch-nationalistisch Welt- und Geschichtsbilder durch die ständige Präsenz auf der Straße immer wieder neu versichert.

Darüber hinaus gibt es jedoch Themen- und Aktionsfelder, mit denen Rechtsextremisten versuchen, in die „Mitte der Gesellschaft“ zu wirken. Dies gilt besonders für den in der Öffentlichkeit höchst kontrovers und emotional diskutierten Umgang mit Sexualstraftätern. Rechtsextremisten versuchen hier mit Lynch-Parolen „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder

„Unsere Therapie hat Langzeitgarantie“ (oftmals illustriert mit einem Galgenstrick) an populistische, gesellschaftlich weit verbreitete Forderungen nach härteren Strafen anzuknüpfen. In der Region machen seit einigen Monaten vor allem Autonome Nationalisten im Kreis Recklinghausen gegen vermeintliche oder tatsächliche Sexualstraftäter mobil. Nachdem bereits im Oktober 2008 eine Gruppe von Neonazis die Parole „Todesstrafe für Kinderschänder“ skandierend durch Haltern gezogen war, versammelten sich u.a. am 15. März in Datteln sowie am 20. April in Recklinghausen 50 bzw. 20 Neonazis mit ähnlich lautenden Slogans und Transparenten. Am 27. Juni beteiligten sich schließlich in Dorsten etliche Aktivisten der AG Ruhr-Mitte mit einem gut sichtbaren Transparent an einer von den Eltern eines Missbrauchsofers organisierten „Demonstration gegen Kinderschänder“. In den Beiträgen auf einigen einschlägigen rechtsextremen regionalen und überregionalen Internetseiten wurde hervorgehoben, dass 80 der knapp 100 Teilnehmer/innen der „nationalen Bewegung“ zuzurechnen gewesen seien.



Was tun?!

Im Regierungsbezirk Münster sind die bewegungsorientierten Rechtsextremisten trotz ihres Aktionismus freilich weit davon entfernt, so genannte national befreite Zonen zu schaffen. Dennoch gilt es gerade auch im Hinblick auf die geschilderten Demonstrationen und Kundgebungen gegen „Kinderschänder“ in Haltern, Datteln, Recklinghausen und Dorsten, die möglichen Folgen einer sich verstetigenden rechtsextremen Straßenpolitik im Blick zu behalten: Die alltagsweltliche Normalisierung ausgrenzender, rassistischer, antisemitischer und gewaltförmiger Handlungs- und Verhaltensmuster. Auf diese Weise können sich „Angstzonen“ im öffentlichen Raum herausbilden, die von potentiellen Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt gemieden werden. Was ist also zu tun gegen rechtsextreme Inszenierungspraktiken, gegen Aufmärsche in Kommunen? Der oftmals geäußerte Vorschlag, rechtsextreme Versammlungen einfach zu ignorieren und ihnen somit ihre öffentliche Resonanz zu nehmen, erweist sich in der Praxis als problematisch. Die kommunale Auseinandersetzung beginnt daher häufig mit der Einsicht, dass Wegsehen als erste Reaktion keinen Erfolg bringt. Im Gegenteil kann eine solche passive Reaktion sogar das Problem verfestigen, weil rechtsextreme Demonstrationsanmelder solche Orte gern gezielt und regelmäßig als



Aufmarschgebiet nutzen. Vielmehr sollten sich Kommunen und die Zivilgesellschaft den Herausforderungen und Provokationen rechtsextremer Straßenpolitik stellen. Nicht als Aufforderung zur physischen Auseinandersetzung, sondern als Erinnerung daran, dass die in den Außerordnungen von Städten und Gemeinden oftmals in Anspruch genommenen Begriffe „Demokratie“ und „Weltoffenheit“ nicht an sich existieren, sondern ständig aufs neue verteidigt werden müssen. Hierfür bedarf es neben einem langen Atem, Diskussionsbereitschaft und Geduld auch tragfähiger Konzepte, die die Einbindung möglichst vieler kommunalpolitischer und zivilgesellschaftlicher Akteure ermöglichen. Hierfür muss das Rad nicht neu erfunden werden. Die zahllosen Aufmärsche der vergangenen Jahre haben in Nordrhein-Westfalen und anderswo zum Entstehen bemerkenswerter zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Initiativen geführt, die phantasievoll, gewaltfrei und ideenreich dem Rechtsextremismus entgegenzutreten. Hilfestellungen und Unterstützung bei der Entwicklung nachhaltiger kommunaler und zivilgesellschaftlicher Strategien gegen rechtsextreme Straßenpolitik, kann nicht zuletzt mobim leisten. Einige Beispiele, finden sich im Beitrag „mobim – Mobile Beratung in der Praxis“. (ms)

Zusammenfassung der Fachtagung „Provokation und Propaganda“ 19. Juni 2009, Geschichtsort Villa ten Hompel.

Angesichts der beschriebenen Dimensionen und Einschätzungen zur aktuellen Straßenpolitik der extremen Rechten sollte im Rahmen einer Fachtagung das Themenfeld aus historischer, politikwissenschaftlicher, soziologischer und juristische Perspektive diskutiert werden. Anspruch der Tagung war es, diese verschiedenen und bisher eher getrennt voneinander behandelten Zugänge zu vereinen und nicht zuletzt daraus konkrete Hinweise für die Praxis abzuleiten.



In einer kurzen Einführung machten Heiko Schreckenberg und Michael Sturm darauf aufmerksam, dass Rechtsextreme schon länger öffentliche Räume für sich reklamieren und dabei erfahrungsgemäß auch vor Gewalt nicht zurückschrecken – sich in der Regel aber mit einer breiten (lokalen) Gegenöffentlichkeit konfrontiert sehen, die sich demokratisch engagieren will, vielfach aber nicht handlungssicher ist. Daher beleuchteten die Beiträge der Referenten nicht nur die Inszenierungspraktiken der rechtsextremen Szene, sondern auch Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung bzw. Grenzen in der polizeilichen und juristischen Reaktion.

Am Beispiel der Stadt Dortmund zeigte der Historiker Daniel Schmidt in seinem Vortrag „Sozialraumstrategien der SA im Ruhrgebiet“ die Bedeutung der Straßenkämpfe zwischen Kommunisten und Faschisten während der Weimarer Republik auf. In einzelnen Stadtvierteln maßen sich dabei die rivalisierenden Gruppen oftmals die Rolle der Polizei an, nachdem diese die Kontrolle verloren hatte. Vor allem die SA bot sich dabei der Bevölkerung als Ordnungsmacht für Konflikte an, die sie vorwiegend selbst schuf. Nachdem 1933 der Nationalsozialismus an die Macht gelangt war und die SA damit ihre Aufgabe erfüllt hatte, stand das Regime allerdings auch in Dortmund vor dem Problem, die eigenen

Schlägerbanden unter Kontrolle zu halten. Zwar vermied Schmidt es ausdrücklich, die Zustände von damals und heute gleich zu setzen, zeigte aber trotzdem die teilweise bestehenden Analogien zum „Kampf um die Straße“ von NPD und Freien Kameradschaften auf.

Fabian Virchow vom Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg zog eine Zwischenbilanz rechtsextremer Demonstrationenpolitik. Seit circa zehn Jahren hat sich die Zahl der Versammlungen auf einem konstant hohen Niveau eingependelt. Die größte Resonanz fanden dabei Demonstrationen mit NS-verherrlichenden und globalisierungskritischen Mottos. Rechtsextreme kopieren dabei öffentlichkeitswirksam immer erfolgreicher klassisch „linke“ Themengebiete und deuten sie nationalistisch um, wie beispielsweise der „nationale Antikriegstag“ in Dortmund deutlich macht. Die Hauptfunktion von Aufmärschen besteht allerdings weniger darin, Passanten und Anwohner von den eigenen Positionen zu überzeugen, als vielmehr ein szeneimmanentes Gemeinschaftsgefühl durch öffentliche Selbstdarstellung zu schaffen.

Jürgen Peters vom Antirassistischen Bildungsforum Rheinland stellte Akteure und Aktionsformen rechtsextremer Demonstrationen vor. Mit den Anhängern der „Bürgerbewegung“ Pro Köln bzw. Pro NRW, den Freien Kameradschaften,



die regelmäßig mit der NPD zusammenarbeiten, sowie den Autonomen Nationalisten beleuchtete er verschiedene Strömungen des extrem rechten Spektrums in Nordrhein-Westfalen. Entsprechend unterschiedlich können daher auch die Formen der Darstellung im öffentlichen Raum sein. Sie reichen von kleinen Infoständen über so genannte „Mahnwachen“ bis hin zu Demonstrationen mit Teilnehmerzahlen im drei- bis vierstelligen Bereich. Die dahinter stehende Idee ist aber meist die Gleiche: Eine Normalisierung und Enttabuisierung rechtsextremer Präsenz im öffentlichen Raum.

Rechtsextremen Demonstranten auch gegen Proteste das Recht auf Versammlungsfreiheit durchzusetzen, gehört zu den Aufgaben der Polizei. Regelmäßig kommt es dabei zu heftigen Konfrontationen zwischen Staatsmacht und Gegendemonstranten. Udo Behrendes vom Polizeipräsidium Köln betrachtete in seinem Vortrag „die Rolle der Polizei im Umgang mit rechtsgerichteten Veranstaltungen“. Dabei legte er großen Wert darauf klarzustellen, dass die Polizei gesetzlich dazu verpflichtet ist, Demonstrationen aller politischen Richtungen zu ermöglichen. Eine Einschränkung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit für bestimmte Gruppen sei für ihn nicht zu rechtfertigen, schließlich würde es sich dann um „Gesinnungsrecht“ handeln.

Das Versammlungsgesetz in Bayern als Beispiel für nach der Föderalismusreform möglich gewordene Ländergesetze stellte Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie vor. Es soll den Behörden mehr Handlungsspielräume beim Umgang mit rechtsextremen Versammlungen geben, erweist sich dabei jedoch als sehr problematisch, da es gleichzeitig grundlegende Rechte für alle anderen Bürger beschneidet. Zudem erscheint eine Auseinandersetzung mit Demonstrationen aus dem rechten Spektrum auf rein juristischer Ebene wenig nachhaltig und ein Verbot ersetzt keine inhaltliche Aufarbeitung.

Die Beschäftigung mit dem Thema „rechtsextreme Straßenpolitik“ wirft

daher auch die Frage nach geeigneten Gegenstrategien der Zivilgesellschaft auf. Städte wie Wunsiedel oder Halbe haben erfolgreich bewiesen, dass man sich gegen die braune Vereinnahmung wehren kann. An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen daher mit



Hans-Peter Killguss (Leiter der Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus in Köln), Frank Lackmann (Sprecher des Halterner Bündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt, für Toleranz und Demokratie), Michael Hannrath-Hanasek (Geschäftsführer der Demokratischen Initiative Gelsenkirchen gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie) sowie Kai Venohr (Mitglied der AG Rechtsextremismus bei der DGB Jugend NRW) Vertreter unterschiedlichster Initiativen teil und versuchten zu ergründen, welche Strategien hilfreich sind. Bei der Diskussion zeigte sich, dass es eigentlich in fast jeder Kommune Gruppen und engagierte Bürger gibt, die bereit sind, sich deutlich gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Am erfolgreichsten sind jedoch solche Initiativen, die ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis ansprechen. Dabei steht kurzfristig immer der teils skandalisierte „Kampf“ gegen akute oder lokale rechtsextreme Erscheinungsformen im Mittelpunkt. Wichtig, darin waren sich alle Tagungsteilnehmer einig, ist hier eine Unterstützung der konkreten Arbeit hin zu einer langfristigen und nachhaltigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus bzw. für Demokratie und Toleranz. (bs)

„...und dann warten wir darauf, dass das rote Telefon klingelt, nehmen die Käseglocke hoch und fahren los zum Einsatz.“

So oder so ähnlich beschreiben Mitarbeiter von Mobilen Beratungsteams in ganz Deutschland ihre Arbeit, wenn sie pointiert beschreiben wollen, wie ihr Vorgehen von außen gesehen wird bzw. mit welchen Erwartungen sie in der Praxis konfrontiert werden. Dass unser konkreter Arbeitsalltag ganz anders aussieht, möchten wir an dieser Stelle kurz erläutern.

Mobile Beratung bedeutet mehr als Krisenintervention im Notfall – gerade auch mit Blick auf die Vorgaben des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ sind weitere Bereiche wie zum Beispiel die breite Vernetzung auf regionaler Ebene wichtige Bestandteile des Konzepts. Schon im letzten Infobrief haben wir über unser Konzept informiert und die drei Säulen „dokumentieren“, „vernetzen“ und „beraten“ vorgestellt. Was aber bedeutet das in der Praxis, wie sieht die Arbeit von mobim als ein Beispiel für Mobile Beratung genau aus?

„Setz' schon mal den Kaffee auf, das mobim-Team trifft sich wieder...“

Kommunikation ist ein wichtiges Schlüsselwort unserer Arbeit. Die Woche beginnt in der Regel mit einer längeren Teamsitzung, in der neben Fallbesprechungen, der Nachlese von

Vernetzungsgesprächen oder der Planung von Öffentlichkeitsarbeit immer auch aktuelle Ereignisse aus dem rechtsextremen Spektrum recherchiert, bewertet und kontextualisiert werden. Daraus ergeben sich immer wieder ähnliche Fragen: Gibt es Akteure, die Unterstützung brauchen, können wir uns anbieten?

Ebenso fester Bestandteil ist die Dokumentation rechtsextremer und rassistischer Ereignisse in der Region durch Presseartikel der lokalen Zeitungen bzw. Durchsicht einschlägiger Internetseiten und in konkreten Fällen durch Kontakt zum polizeilichen Staatsschutz in Bottrop, Gelsenkirchen und Münster. Über 500 verschiedene Artikel bzw. Hinweise konnten so seit Oktober 2008 in unserem Archiv verzeichnet werden. Der Aufbau dieses Archivs hängt natürlich auch immer von den Informationen ab, die uns aus der Region gespiegelt werden.

Daher steht neben dieser eher internen Kommunikation natürlich der Kontakt zu den unterschiedlichsten Menschen, Institutionen und Initiativen im Regierungsbezirk, aber auch darüber hinaus, im Mittelpunkt der Tätigkeit von mobim. Eine langfristige und feste Vernetzung mit Partnern in der Region ist die Grundlage für gelingende Arbeit, daher haben wir in den letzten Monaten z.B. das Gespräch mit den Polizeibehörden (Kommissariate Vorbeugung, polizeilicher Staatsschutz) im Regierungsbezirk gesucht, Kontakt zu zivilgesellschaftlichen und kommunalen Initiativen (z.B. Steinfurt kreativ gegen Rechts, Sicherheit in Rheine, Demokratische Initiative Gelsenkirchen) aufgenommen, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren und mit Vertretern politischer Parteien und Mandatsträgern (u.a. dem Landrat des Kreises Coesfeld, dem Beigeordneten der Stadt Bottrop und der SPD-Fraktion im Kreistag Steinfurt) über Chancen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gesprochen. Darüber hinaus ergaben sich aus der Beratungsarbeit vielfältige Kontakte zu Schulen, Jugendzentren und Bildungseinrichtungen sowie

kommunalen Verwaltungen, engagierten Vereinen und anderen Gruppen, die auch in Zukunft und über das Ende eines Beratungsprozesses hinaus konstruktiv genutzt werden sollen.

„...vielen Dank für Ihre Mail. Ich bin gerade nicht im Büro zu erreichen...“

Auf überregionaler Ebene hat sich z.B. eine Kooperationen mit „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, mit deren Landeskoordination wir lokale Vernetzungstreffen der beteiligten Schulen im Münsterland organisieren werden, sowie ein enger Kontakt mit IDA-NRW auf verschiedenen Arbeitsfeldern entwickelt.

Regelmäßige Vernetzungstreffen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Beratungsteams der anderen Regierungsbezirke und mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus bei der Landeszentrale für politische Bildung in Düsseldorf ergänzen die NRW-weite Vernetzung. Seit Juni 2009 hat sich zudem ein Landesbeirat konstituiert (mehr dazu auf Seite XXX). Bundesweit konnten wir uns bei verschiedenen Fachtagungen, Fortbildungen und Vernetzungstreffen (mehr hierzu auf Seite XXX) mit Fachkräften aus ganz Deutschland austauschen und beraten.

Kern der Aktivitäten ist jedoch die Beratung und Begleitung von Personen und Systemen, die im Themenbereich Rechtsextremismus unsere Hilfe anfragen. Dabei gehen wir ressourcen-, klienten- und lösungsorientiert vor und arbeiten nach den Qualitätsstandards, die in den ostdeutschen Bundesländern in den vergangenen Jahren entwickelt worden sind bzw. gemeinsam weiterentwickelt werden (siehe auch Seite XXX). Beratungsschwerpunkte – damit ist allerdings keine Aussage über Quantität oder Qualität rechtsextremer und rassistischer Einstellungen und Handlungen vor Ort verbunden – sind zum einen das nördliche Ruhrgebiet mit dem Kreis Recklinghausen, zum anderen der Kreis Warendorf.



„Wir wollen etwas tun. Aber wie?“

In Haltern konnten wir das „Bündnis gegen Rechtsextremismus und Gewalt, für Demokratie und Toleranz“ seit Ende 2008 bei der Neugründung und den ersten Schritten in der Öffentlichkeit begleiten. Dabei stand neben der Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für verschiedene Wahrnehmungen des „Problems“ vor Ort vor allem die Entwicklung eines demokratischen Leitbilds als Grundlage für die Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Unsere Aufgabe war hier die Moderation dieser Konstitutionsphase sowie die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung öffentlicher Veranstaltungen und interner Schulungen.

Unterstützend tätig werden konnten wir auch im Kreis Warendorf bei der Begleitung und Vorbereitung einer kreisweiten Vernetzung der Kommunen, organisiert von den vier Jugendämtern des Kreises. Im noch laufenden Beratungsprozess werden beispielsweise Erhebungsinstrumente für eine qualitative Sozialraumanalyse als Arbeitsgrundlage für eine langfristige und präventive

Auseinandersetzung entwickelt, eine Fachtagung vorbereitet und Informationen über aktuelle Entwicklungen in der rechten (Jugend-)Szene vermittelt. Die Jugendämter nutzen dabei unser Fachwissen und die Erfahrung aus ähnlichen Zusammenhängen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Neben solchen langfristigen Vorgängen werden häufig für kürzere Perioden oder kleinere Anfragen tätig, so z.B. bei Hakenkreuzschmierereien in Schulen, Schändungen von Friedhöfen/Denkmalern oder Unsicherheiten im Kontakt mit vermuteten rechtsextremen Abzeichen oder Codes. Neben der kurzfristigen Vermittlung von Information und einer fachlichen Einschätzung versuchen wir auch hier langfristig tragfähige Strategien für den zukünftigen Umgang mit solchen und ähnlichen Situationen mit den beteiligten Akteuren vor Ort zu entwickeln.

Neben den regulären und vorgestellten Arbeitsfeldern konnten wir im ersten Halbjahr u.a. eine Tagung zu rechtsextremer Straßenpolitik durchführen und planen im zweiten Halbjahr eine Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Filmfestival Münster 2009 (mehr dazu auf Seite XXX) sowie eine weitere Tagung zu Bildungskonzepten in der Rechtsextremismusprävention. All dies wäre nicht möglich ohne die Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen hier im Geschichtsort Villa ten Hompel und der vielen Partner im Regierungsbezirk Münster – fühlen also auch Sie sich eingeladen, den Kontakt zu uns aufzunehmen!

Wie weiter mit der Praxis?

Mobile Beratung ist seit dem Start des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“, durch das auch mobim finanziert wird, ein bundesweites Konzept. Dabei profitieren wir maßgeblich von den Erfahrungen der schon seit bis zu acht Jahren tätigen Mobilien Beratungsteams (MBTs) in Ländern wie Brandenburg oder Berlin. Durch das Bundesprogramm wurden Beratungsstrukturen in allen Bundesländern initiiert, die sehr unterschiedlich arbeiten und finanziert werden. Alle eint jedoch eines: die Fördermittel aus dem „kompetent“-Programm sind vorerst begrenzt bis Ende 2010. Sofern kein flankierendes Landesprogramm existiert (wie z.B. in NRW), ist die Finanzierungsgrundlage also prekär und langfristiges Arbeiten und Planen nicht gesichert oder schlichtweg nicht möglich.

Auf unterschiedlichen Ebenen haben sich in den letzten Wochen und Monaten daher Fachleute aus Praxis und Wissenschaft, Politikerinnen und Politiker sowie im Themenbereich aktive Initiativen und Institutionen vernetzt, um zum einen für eine Weiterfinanzierung des Programms einzutreten und zum anderen Qualitätsstandards herauszustellen, die konstituierend für die Arbeit der MBTs sind. Wichtige Grundlage für die Argumentation sind neben diesen selbst entwickelten Vorgaben auch die Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation, die alle Projekte und MBTs im Rahmen des Bundesprogramms betreut. Im folgenden Infobrief werden wir über die Ergebnisse dieser Vernetzungen weiter informieren.



der regierungsbezirk münster

mobim ist Ansprechpartner für alle engagierte Gruppen, Personen und öffentliche oder freie Einrichtungen im Regierungsbezirk Münster.

Dazu gehören die Landkreise

- Coesfeld,
- Borken,
- Recklinghausen,
- Steinfurt und
- Warendorf

und die kreisfreien Städte

- Bottrop,
- Gelsenkirchen und
- Münster.

mobim arbeitet damit im Spannungsfeld zwischen Großstädten, dem dichtbesiedelten nördlichen Ruhrgebiet und dem ländlich geprägten Münsterland mit jeweils unterschiedlichen Strukturen und damit verbundenen Problemlagen.

Informationen zum Programm, zu Unterstützung und zur Evaluation:

www.kompetent-fuer-demokratie.de

Offizielle Internetseite des Bundesprogramms mit Leitlinien und Konzepten

cdl.niedersachsen.de/blob/images/C56625780_L20.pdf

Resolution der Ausländer- und Integrationsräte der Länder

DJI - Deutsches Jugendinstitut (www.dji.de),
Camino Werkstatt (www.camino-werkstatt.de) und
ISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
(www.iss-ffm.de)

Wissenschaftliche Begleitung des Programms zur
Sicherung der Qualität und kontinuierlichen Optimierung.

Für eine Weiterführung des Programms „kompetent. für Demokratie“ und auch des Partnerprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ sprechen sich zudem die Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder in einer Resolution aus, die auf der Frühjahrskonferenz in Hannover Ende Juni 2009 verabschiedet wurde. Sie machen mit Hinweis auf verschiedene sozialwissenschaftliche Studien u.a. darauf aufmerksam, dass fachlich kompetente Beratung und

Begleitung vor Ort zur Entwicklung lokaler Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus dauerhaft notwendig sei und in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen fortgeführt werden müsse.

Wir unterstützen unsererseits Netzwerke und Resolutionen, die an einem Fortbestand Mobiler Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus interessiert sind und fordern ebenfalls eine gesicherte Finanzierung sowie langfristige Planungssicherheit.

Veranstaltungsvorschau

26.08.2009, Villa ten Hompel, Münster
Ratlos gegen Rechtsextremismus und Rassismus – Was tun?!

Hilfsangebote für Betroffene und Interessierte stellen sich vor.

Neben der Beratungsarbeit von mobim gibt es weitere Institutionen, die Hilfe für ganz konkrete Problemlagen anbieten. Drei Angebote stellen sich an diesem Abend vor und zur Diskussion: Das Elternberatungsnetzwerk „Mein Kind - rechtsextrem?!“ von IDA-NRW, die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen, für Demokratie und das Anti-Rassismus-Telefon Essen. Eintritt frei, ab 19.30 Uhr.

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

15., 22. & 29.09.2009, Villa ten Hompel, Münster
Risiko Rechtsextremismus: Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus in Gesellschaft und Schule zum Thema machen

Lehrerinnen und Lehrerfortbildung im Rahmen des „filmfestival münster 2009“.

Der Umgang mit Rechtsextremismus, aber auch alltäglichen Ausgrenzungen und Diskriminierungen in Schule und Gesellschaft wird zunehmend zum Risiko: Wie reagiere ich im Unterricht oder auf der Familienfeier, wenn Sprüche „geklopft“ und Parolen „gebellt“ werden? Wie bringe ich Themen zur Sprache, die häufig auch Reflexion und Auseinandersetzung mit eigenen



Einstellungen und Handlungen haben – im Kollegium

oder im Freundeskreis? Muss ich Angst haben, wenn ich mich „gegen Rechts“ positioniere? Wie funktioniert eigentlich Zivilcourage?

Solche und ähnliche Fragen werden von den Mitarbeitern der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) im Rahmen einer modularen Fortbildung an 3 Terminen zusammen mit den Teilnehmenden diskutiert sowie Handlungsalternativen erarbeitet und erprobt. Dabei werden auch sozialwissenschaftliche und pädagogische Konzepte und Erklärungsmuster als notwendige Grundlage für die nachhaltige Beschäftigung vorgestellt.

jeweils 18 – 20.30 Uhr, Teilnahmebeitrag: 15,- € Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

05.11.2009, Villa ten Hompel, Münster

„Sie sprechen aber gut Deutsch...!“

Nicht-rassistische und interkulturelle Bildungskonzepte – gelingende Beiträge zur Rechtsextremismusprävention?

Nachdem sich die Fachtagung „Provokation und Propaganda“ v.a. mit der extrem rechten Szene und zivilgesellschaftlichen bzw. kommunalen Handlungsmöglichkeiten beschäftigt hat, soll im zweiten Halbjahr der Fokus auf der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus liegen.

Die Fachtagung richtet sich an Interessierte aus dem Kontext schulischer und außerschulischer Bildung, aber auch an alle Fachleute aus Wissenschaft und Praxis. Die Darstellung und Diskussion praktischer Erfahrungen und Umsetzungen unterschiedlicher Konzepte soll neben Hintergründen zu Rassismus und theoretischen Überlegungen im Vordergrund stehen.

Tagungsbeitrag 10,- €, weitere Informationen unter www.mobim.info



 **filmfestival münster**
7. bis 11. Oktober 2009
www.filmfestival.muenster.de

Bislang einzigartiges Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen gegründet.

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen war der 10. Juni ein vielversprechendes Datum. An diesem Tag traf sich im Düsseldorfer Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration das Landesweite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus zu seiner konstituierenden Sitzung. Ins Leben gerufen wurde das Gremium von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, die mit der Umsetzung des beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelten Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ befasst ist, durch das die Arbeit von mobim und den vier anderen regionalen Mobilen Beratungsteams in den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Arnsberg und Detmold gefördert wird. Die Breite des Spektrums der im Beratungsnetzwerk repräsentierten staatlichen, kommunalen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure ist in Nordrhein-Westfalen bislang einzigartig.

Insgesamt nahmen an der ersten Sitzung Vertreter/innen aus über 40 Behörden, Institutionen, Verbänden und Initiativen teil. Ihre Bereitschaft in dem Netzwerk aktiv mitzuwirken bekundeten u.a. das Landesamt für Verfassungsschutz, der DGB-Landesverband NRW, die Evangelische Jugend von Westfalen, das Katholische Büro NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW, der Westdeutsche Fußball- und Leichtathletikverband, der Landesjugendring NRW, die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen

Nordrhein-Westfalen sowie die fünf Bezirksregierungen. Mit dabei sind ebenso einige Initiativen, die sich teilweise schon seit Jahren intensiv mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen beschäftigen und in der Auseinandersetzung mit diesen Problemfeldern über umfangreiche Erfahrungen verfügen.

Zu nennen sind hier beispielsweise das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) mit dem mobim bereits auf vielfältige Weise kooperiert, aber auch der seit 1985 bestehende Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr). Das Landesweite Beratungsnetzwerk verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens besteht eine wichtige Funktion des Gremiums darin, die Vielzahl an Informationen, Zugängen und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu bündeln und für aufeinander abgestimmte Handlungsstrategien auf Landesebene nutzbar zu machen. Zweitens kommt ihm die Aufgabe zu, die regionalen Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, so auch von mobim, fachlich zu begleiten. Für unsere künftige Arbeit und deren gesellschaftliche Akzeptanz, stellen die im Landesweiten Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus vereinten Kenntnisse und Erfahrungen somit eine wichtige Unterstützung dar. Nicht zuletzt bildet das Netzwerk einen wichtigen Baustein für die Koordinierung und Verstärkung zahlreicher schon bestehender staatlicher, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen.

Nicht nur der Blick auf die jüngsten Vorfälle in Dortmund am 1. Mai

machen die nach wie vor bestehenden Bedarfe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus deutlich. So ist im Jahr 2008 nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz die Zahl der rechts motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen um 11 Prozent auf 3349 Delikte gestiegen. Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund haben im vergangenen Jahr sogar um 25,7 Prozent (auf insgesamt 186 Delikte) zugenommen. Aber auch jenseits dieser beunruhigenden Befunde und spektakulären Ereignisse versuchen Rechtsextremisten verstärkt, sich mit ihren ausgrenzenden, nationalistischen und antidemokratischen Positionen im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Alltag zu verankern.

Bei der konstituierenden Sitzung des Landesweiten Beratungsnetzwerkes herrschte unter den Teilnehmer/innen daher weitgehende Übereinstimmung in der Feststellung, dass sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht auf kurzfristig angelegte „Feuerwehrpolitik“ beschränken darf, vielmehr sind nachhaltige und langfristig angelegte Strategien notwendig, um die unterschiedlichen Ansätze und Sichtweisen zu bündeln und miteinander zu vernetzen.

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde am 10. Juni unternommen.

impresum

Redaktion:
Michael Sturm und Heiko Schreckenberg

mobim
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

c/o Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
0251 - 492 7109
www.mobim.info | kontakt@mobim.info

Gewaltakademie Villigst u.a.:

101 Projektideen lautet der Titel des Handbuchs, das zahlreiche praxiserprobte Projekte gegen Menschenfeindlichkeit jeglicher Art bzw. für Toleranz und Demokratieentwicklung vorstellt. Über 70 Initiativen und Gruppen berichten hier kurz und anschaulich von ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Schule, im Jugendzentrum oder beim Stadtfest. Bei den einzelnen Aktionen, wie z. B. Rollenspielen, Zeitzeugengesprächen oder Filmprojekten, stehen vor allem Aufklärung und Selbstreflexion von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund. Das Buch ist alphabetisch sortiert und beschränkt sich auf jeweils ca. eine Seite pro Projekt, es eignet sich somit ideal auch als Nachschlagewerk und Anregung, selber aktiv zu werden. Zu beziehen direkt über mobim, die Gewaltakademie Villigst (www.gewaltakademie.de) oder direkt unter www.gewaltakademie.de/gaeste/101_Projektideen.pdf.



Mut gegen rechte Gewalt:

Mut-ABC für Zivilcourage. Ein Handbuch gegen Rechtsextremismus von Schülern für Schüler.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt dieses bereits im letzten Jahr erschienene und mittlerweile mehrfach ausgezeichnete Handbuch, in dem ebenfalls Aktionen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgestellt werden. Neben einigen großen finden sich gerade viele kleinere „Rezepte“, die sich v.a. an Schülerinnen und Schüler richten und gut umzusetzen sind. Zu beziehen über www.mut-gegen-rechte-gewalt.de.

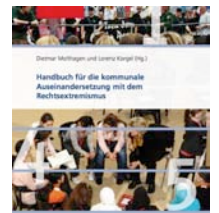


Friedrich-Ebert-Stiftung:

Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

„Auf die Kommune kommt es an!“ ist der Grundgedanke, der vermittelt wird. Rechtsextremismus wurzelt schließlich immer auch in einem kommunalen Umfeld. Deshalb muss dort die Auseinandersetzung mit ihm beginnen. Zusätzlich ist festzustellen, dass die NPD ihre kommunale Verankerung in den letzten Jahren immer weiter ausbauen konnte, sie hat sich regelrecht „festgesetzt“. Überall dort, wo sie zur Kommunalwahl angetreten ist, konnte sie auch Mandate erringen. Der lesenswerte Sammelband will anhand von erfolgreichen Praxisbeispielen Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus aufzeigen und zum Weiterden-

ken anregen. Vorgefertigte Lösungen gibt es allerdings nicht. Passgenaue Gegenstrategien können nur aus Situationsanalysen für die jeweiligen Kommunen entwickelt werden. Der Ansatz, rechtsextremen Akteuren ihre Entfaltungsspielräume zu nehmen, bildet dabei einen Schwerpunkt des Handbuchs. Auch mobim ist mit einem Beitrag vertreten. Heiko Schreckenberg und Michael Sturm entwickeln in ihrem Artikel „Rechtsextreme Demonstrationen: Die zivilgesellschaftliche Perspektive“ Vorschläge, wie zivilgesellschaftliche Bündnisse den Herausforderungen rechtsextremer Straßenpolitik begegnen können. In den insgesamt 21 Beiträgen werden außerdem rechtsextreme Immobiliengeschäfte, rassistische und antisemitische Gewaltdelikte, kommunale Unterwanderungsversuche durch Rechtsextreme, der Umgang mit rechtsextremen Szeneläden sowie zivilgesellschaftliche Gegenstrategien näher beleuchtet. Das Handbuch kann bei der Friedrich Ebert Stiftung bestellt werden und steht kostenfrei zum Download bereit: <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG
Forschung und Politik

Amadeu Antonio Stiftung:

Living Equality – Gleichwertigkeit leben. Interventionen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Egal ob es sich um Juden, Homosexuelle, Roma, Schwarze oder andere Minderheiten handelt: die Diskriminierung von ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppen ist in der Alltagskultur Deutschlands immer noch weit verbreitet. Ausgehend von der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung werden Initiativen gegen Ungleichwertigkeitsideologien, wie z.B. Antisemitismus, Antiziganismus oder Homophobie, vorgestellt und deren Ergebnisse diskutiert. Bemerkenswert dabei: Die unterschiedlichen Vorurteile sind eng miteinander verbunden, so dass von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GM) als Syndrom gesprochen werden kann. Die Projekte, die sich u.a. mit Demokratieförderung in der Schule oder Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft befassen, haben es sich dabei zum Ziel gesetzt, zu einer Kultur der Anerkennung und des Respekts zu gelangen und die Gleichwertigkeit aller Menschen im Alltag zu stärken. Mit der Broschüre sollen praktische Anregungen für ein Engagement gegen GM an anderen Orten geben.

Online zu beziehen unter: www.amadeu-antonio-stif-

